

Für die Globalisierung der Nachhaltigkeit

von **KLAUS TÖPFER**

Blicken wir zurück auf 1992 – das Jahr des »Erdgipfels« in Rio de Janeiro. Es war die erste globale Konferenz nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Getragen von der Euphorie der historischen Entwicklung wollte man gemeinsam eine neue Zukunftsdimension der Welt denken und ein Programm erarbeiten, das die Vision umsetzt: Frieden und gerechte Entwicklungschancen für alle Menschen, Respektierung der Menschenrechte, eine globale soziale Verantwortung, der Erhalt einer vielfältigen Natur und damit einer stabilen und leistungsfähigen Umwelt.

Die Euphorie von Rio rührte von der fast undiskutierten Gewissheit, dass man diese Visionen dank einer »Friedensdividende« realisieren könne. Die hunderte von Milliarden Dollar und Rubel, die zuvor für die Vernichtungspotenziale in Ost und West verpulvert wurden, sollten künftig helfen, die Armut abzubauen oder gar zu beseitigen und vor allem die Lebenschancen zwischen Nord und Süd sukzessive anzugleichen.

Ein ähnlicher Traum war knapp 50 Jahre zuvor unter den Sequoia-Baumriesen in den Wäldern bei San Francisco erörtert worden. Die Gründung der Vereinten Nationen am 25. Juni 1945 erfolgte auch in der Überzeugung, den entscheidenden Schritt zu einer globalen Institution der Friedenssicherung getan zu haben. Nie wieder sollten Probleme mit Waffengewalt oder bilateral gelöst werden. Deshalb wurde die Verpflichtung zu Verhandlungslösungen global, multilateral festgeschrieben. Militärische Interventionen waren nur als allerletztes Mittel zur Friedenssicherung völkerrechtlich legitimiert. Deshalb erfordern sie explizit eine multilaterale Entscheidung des UN-Sicherheitsrats.

Um ihre Friedensaufgaben erfüllen zu können, müssen die UN die Ursachen möglicher Konflikte früh erkennen. Auch dieser Kern einer präventiven Friedenspolitik wurde 1945 in die UN-Charta aufgenommen. Art. 1.3 formuliert das Ziel, »eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen«.

Das ganze Programm stand unter dem Motto: »Make poverty history, make conflicts and wars history, make environment destruction history, make human abuse history.« Die historische Überwindung all dieser Übel sollte in der gemeinsamen Verantwortung aller Menschen liegen und damit bei einer UNO, die auch über die erforderlichen Ressourcen verfügt.

Diese Ziele waren auch die wichtigste Motivation für die Vorbereitung des Gipfels in Rio und für die dort gefassten Beschlüsse:

- die »Agenda 21«, die zu Recht als »Pflichtenheft« für die entwickelten Länder gilt;
- die »Rio-Prinzipien«, die hinsichtlich der Umwelt das

Verursacherprinzip und das Vorsorgeprinzip festschreiben und den Zugang zu Informationen über Umweltbelastungen garantieren.

Die Rio-Prinzipien beinhalten darüber hinaus das Entwicklungsversprechen für alle und das Bekenntnis zu einer gemeinsamen, zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern allerdings unterschiedlich verteilten Verantwortung. Der Rio-Gipfel hat damit Grundprinzipien für ein gemeinsames, globales Handeln im Rahmen der Vereinten Nationen geliefert.

Die Begeisterung von Rio hatte allerdings die Kehrseite, dass über die Umsetzung der Ziele, über verbindliche Fristen und finanzielle Festlegungen nicht intensiv genug verhandelt wurde. Auf die Euphorie folgte also schnell Ernüchterung. Wichtige Zusagen wurden nicht eingehalten, vor allem der Beschluss der Industrieländer, »sobald als möglich« 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. Dieser Anteil ging im Gegensatz weiter deutlich zurück.

Auch die anderen Zielsetzungen von Rio wurden weit verfehlt: Die Ausbeutung von Natur und Umwelt ging und geht nahezu ungehindert weiter. Die Belastung der Atmosphäre mit klimaschädlichen Gasen wurde in den hoch entwickelten Ländern nicht verringert – im Gegenteil: Die Emission steigt weiter, sogar mit beschleunigtem Tempo. Die Folgen des dadurch verursachten Klimawandels werden immer drastischer sichtbar. Selbst die Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2 Grad Celsius erscheint gegenwärtig kaum noch erreichbar. Dieses »2 Grad Celsius«-Ziel haben die Klimaforscher zur »Leitplanke« erklärt, weil die Folgen eines solchen Anstiegs gerade noch beherrschbar erscheinen.

Die Anzeichen des Klimawandels sind erschreckend: Das Polareis schmilzt, die Meere versauern, werden wärmer und steigen an, die Permafrostböden weichen auf (was zusätzliche Mengen von Klimagasen freisetzt), extreme Wetterphänomene nehmen zu. All das sind keine Horrorszenerarien nervöser Umweltschützer, sondern allseits zu beobachtende Fakten.

Ebenso klar zeichnet sich ab, dass diese Klimaentwicklung die globalen Verteilungskonflikte verschärfen wird. Die kommenden Generationen werden die Kosten begleichen müssen, die wir bei den Kalkulationen für unseren Wohlstand unberücksichtigt lassen. Aber diese Kosten werden nicht nur auf die Zukunft abgewälzt, sondern auch auf Menschen in entfernten Regionen, auf Natur und Umwelt insgesamt. Das »Millennium Eco System Assessment« belegt den rapiden Schwund des Naturkapitals mit konkreten Zahlen.

Ebenso klar ist auch, dass gerade die Ärmsten der Armen von diesen Veränderungen zuerst und mit der größten Wucht überrollt werden. Die Menschen in den Armut- und Entwicklungsgürteln Afrikas, Asiens und Lateinamerikas,

die nicht oder nur sehr begrenzt für den Klimawandel verantwortlich sind, sind von dessen Folgen massiv betroffen: durch extreme Wetterlagen, Wüstenbildung, veränderte Niederschlagsmuster, sinkende Agrarproduktion, zunehmenden Wassermangel.

Diese Länder zahlen die doppelte Zeche dafür, dass die hoch entwickelten Länder ihren Wohlstand massiv ökologisch subventionieren. Eine Änderung der Konsum- und Produktionsmuster, die erstmals 2002 in Johannesburg im dort beschlossenen Aktionsprogramm genannt wurden, ist noch kaum in Gang gekommen. Nach wie vor wird in den Industrieländern der Konsum als erste Bürgerpflicht angemahnt, schließlich muss die Wirtschaft wachsen, und zwar um jeden Preis.

Dieser Teufelskreis muss aufgebrochen werden. Die häufig auf geradezu perverse Art zur Schau gestellten Konsum- und Wohlstandsunterschiede zwischen den reichen und armen Ländern und Menschen dieser Welt, müssen abgetragen werden. Diese Unterschiede sind es vor allem, die Konflikte und Spannungen und häufig Hass und blinden Terror hervorrufen. Eine Allianz gegen den Terror wird nur erfolgreich sein, wenn sie aufbaut auf einer überzeugenden Allianz gegen Armut und Hunger, gegen Arbeitslosigkeit und Diskriminierung, gegen Intoleranz und ideologische Radikalisierung. Vor allem den Jugendlichen in den Städten muss man glaubwürdige Perspektiven für ihre Zukunft geben, und das gilt für die Slums in den ungebremst wachsenden Stadtmaschinen der Entwicklungsländer wie für die städtischen Ghettos der entwickelten Länder.

Dafür müssen die drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung, also wirtschaftliches Wachstum, sozialer Ausgleich und ökologische Stabilität, tragfähig gemacht werden. Das setzt voraus, dass die auf dem UN-Millenniumsgipfel im Jahr 2000 beschlossenen Entwicklungsziele erreicht werden:

- Neue Perspektiven für die 1,5 Milliarden Menschen, die mit weniger als einem Dollar am Tag auskommen müssen;
- Wasser für die 1,2 Milliarden Menschen ohne gesicherten Zugang zu sauberem Trinkwasser;
- Nahrung für die 800 Millionen Menschen, die hungern, obwohl die Wohlhabenden mehr Nahrungsmittel wegwerfen, als zur Ernährung dieser 800 Millionen erforderlich wären;
- Schulbildung für alle Kinder;
- Entwicklung der Rechte und Möglichkeiten der Frauen dieser Welt;
- die Gestaltung der Globalisierung als ein entscheidendes Mittel für die Beseitigung von Armut und Unterentwicklung, vor allem durch den Abbau von ökologisch und sozial perversen Subventionen.

Diese Ziele können bis 2015 erreicht werden. Ja sie müssen erreicht werden, denn sie sind die Grundlage jeder Friedenspolitik. Entscheidend ist der politische Wille,

die vorhandenen menschlichen, finanziellen, sozialen und ökologischen Ressourcen für eine globale Friedenspolitik einzusetzen. Dafür gibt es durchaus positive Beispiele: Drohende »Wasserkriege« können durch Investitionen in die Abwasserreinigung, in die Kreislaufführung des Wassers, durch bessere Wasserverteilsysteme und Wasser-Spartechnologien und durch bessere Bewässerung in der Landwirtschaft präventiv unwahrscheinlich gemacht werden. Wir brauchen außerdem ein »Frühwarnsystem« für sich anbahnende Konflikte um Wasser. Gleiches gilt für die Böden, für die Artenvielfalt, für die Erdatmosphäre. Darüber hinaus können Energie-Technologien, die nicht auf Kohle, Erdöl und Erdgas setzen, Spannungen abbauen.

Entwicklungszusammenarbeit darf für die hoch entwickelten Länder kein Almosen sein, das nur das schlechte Gewissen beruhigt. Und es geht dabei auch nicht nur um moralische Verantwortung. Entscheidend ist, dass die Entwicklungszusammenarbeit und die dafür eingesetzten Ressourcen rentable Investitionen in eine friedliche, zukunftsfähige Welt sind.

Aber eine solche Zusammenarbeit wird nur dann Erfolg haben, wenn sie die Menschenrechte aller Bürger dieser Welt durchsetzen will, auf dem Respekt vor der kulturellen Vielfalt und den tradierten Strukturen aufbaut und die Identität der Menschen akzeptiert und fördert.

Für eine breit angelegte Friedenspolitik in einer globalisierten Welt ist jedoch auch eine umfassende Reform der Vereinten Nationen unerlässlich. Nicht die Globalisierung ist zu bekämpfen, sondern alle Bestrebungen und Mechanismen, die im Prozess der Globalisierung die Gräben zwischen Arm und Reich weiter vertiefen. Und eben deshalb ist die Neustrukturierung des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen von so entscheidender Bedeutung.

► **Klaus Töpfer**, ehemaliger Bundesumweltminister, war von 1998 bis 2006 Direktor des UN-Umweltprogramms (Unep) in Nairobi.